

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	18. Plenarsitzung Gemeinderat
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Termin:	14.12.2010
vom: 13.10.2010	Vorlage Nr.:	600
eingegangen: 13.10.2010	TOP:	23
	Verantwortlich:	öffentlich Dezernat 5
Gesundheitsprävention in Karlsruhe: Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung schlägt vor, die weitere Vorgehensweise im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit zu beraten.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kann derzeit nicht beziffert werden					
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Sport, Freizeit und Gesundheit		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Zu 1. und 2.

Dass, wie es die Gesundheitsstrategie des Landes Baden-Württemberg darstellt, Gesundheit ein wichtiger Standortfaktor ist, hat die Stadt Karlsruhe bereits in den letzten Jahren erkannt. In verschiedenen Bereichen der Verwaltung wurden gesundheitsförderliche Maßnahmen initiiert und umgesetzt.

So waren bei Einzelthemen bisher neben dem Umwelt- und Arbeitsschutz sowie der Sozial- und Jugendbehörde auch weitere Dienststellen eingebunden. Der Umwelt- und Arbeitsschutz hatte zum Beispiel im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gesundheitspräventive Projekte wie „gesunde Ernährung bei Kindern“ betreut, aber auch gesundheitsrelevante Betrachtungen zu Umwelteinflüssen, wie Lärm- und Schadstoffemissionen und steigende Temperaturen, vorgestellt. Das Gesundheits- und das Sozialdezernat erarbeiten derzeit zusammen mit der Sozial- und Jugendbehörde, dem Schul- und Sportamt, dem Stadtjugendausschuss und dem Gesundheitsamt die Leitlinie „Gesund aufwachsen in Karlsruhe“. Das Städtische Klinikum seinerseits pflegt eine gute Zusammenarbeit mit den Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfegruppen. Ebenso das Aktivbüro der Stadt, das seinerseits die Karlsruher Selbsthilfegruppen fördert und einen Sprecherrat initiierte. Diese Beispiele zeigen die Vielfalt bereits angegangener Themen aus dem Spektrum der Kernkriterien des Gesunde-Städte-Netzwerkes.

Zur Optimierung und besseren Steuerung aller Maßnahmen einer gesundheitsförderlichen Gesamtpolitik könnte eine Koordinierung sinnvoll sein. Eine solche Koordinierungsfunktion innerhalb der Stadtverwaltung könnte dann auch Schnittstellenfunktionen zum öffentlichen Gesundheitsdienst wahrnehmen. Das Zukunftsthema Gesundheit lässt weitere Förderungen für Kommunen zum Beispiel durch Land und Krankenkassen erwarten.

Die Aufgabe einer möglichen weiteren Bündelung der gesamtstädtischen Aktivitäten über diese Maßnahmen hinaus bedarf im Hinblick auf die Komplexität des Themas und der gegebenenfalls notwendigen verwaltungsinternen Umsetzungsschritte einer eingehenderen Beratung in den Fachgremien. Deshalb soll dieses Thema im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit gemeinsam mit dem Sozialausschusses beraten werden.

Zu 3.

Die Prüfung möglicher Gesundheitsrisiken erfolgt derzeit im Rahmen der Bauleitlinien im Baudezernat durch das Stadtplanungsamt über die Beteiligung des Gesundheitsamtes im Landratsamt als Träger öffentlicher Belange sowie städtischer Fachämter wie z. B. Umwelt- und Arbeitsschutz. Eigene Vorhaben der Stadt werden intensiv durch die Dienststelle Hochbau und Gebäudewirtschaft betreut und von dort auf Gesundheitsrisiken überprüft. So werden unter anderem die zu verwendenden Baustoffe und die Barrierefreiheit bei den Planungen berücksichtigt. Ergebnisse aus einem interkommunalen Erfahrungsaustausch können derzeit von den Fachdienststellen noch nicht vorgelegt werden. Diese könnten zu einem späteren Zeitpunkt in den Ausschussberatungen mit eingebracht werden.

Zu 4.

Im Rahmen der verschiedenen Handlungsfelder im Verlauf eines Sanierungsprogramms „Soziale Stadt“ (derzeit: „Innenstadt West“, „Mühlburg“, „Rintheimer Feld“) ist grundsätzlich auch die Durchführung gesundheitsrelevanter Maßnahmen denkbar.

Konkret ist der Stadtteil Mühlburg bereits Pilotgebiet für das Projekt „Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg“, einer Gemeinschaftsinitiative der Arbeitsgruppe Prävention und Ge-

sundheitsförderung des Gesundheitsforums unter Leitung des Landesgesundheitsamtes im Regierungspräsidium Stuttgart. Hierfür hat sich ein Lenkungskreis gebildet, dem neben der Projektleiterin das Schul- und Sportamt, das Gesundheitsamt und das Stadtteilmanagement angehören. Das Projekt wurde bereits im Gemeinderat vorgestellt.

Weitere stadtteilbezogene präventionspolitische Maßnahmen in anderen Sanierungsgebieten wären als Projekte zu definieren und könnten dann - bei gesicherter Finanzierung, möglichst gefördert im Rahmen zusätzlicher Programme - durchgeführt werden.

Fazit:

Die Verwaltung schlägt vor, die Gesundheitsprävention in Karlsruhe und den Umfang zukünftiger städtischer Aktivitäten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, gemeinsam mit den Mitgliedern des Sozialausschusses, zu beraten.